Anstoß

MAI 2023

26.Jahrgang ZEITUNG DER LINKEN IN DER REGION SAALFELD-RUDOLSTADT

DIE NATURNUTZUNG DES EINEN IST AUCH DER NUTZUNGSENTZUG FÜR DEN ANDEREN. WER STETIGEN ZUWACHS FORDERT, GEFÄHRDET DAS ELEMENTARE ENTWICKLUNGSRECHT ANDERER. NACHHALTIGER UMGANG MIT NATÜRLICHEN RESSOURCEN IST KEIN LÄSTIGER KOSTENFAKTOR, SONDERN EIN TÜRÖFFNER FÜR EINE LEBENSWERTERE ZUKUNFT. WIR WOLLEN NATÜRLICHE LEBENSRÄUME ERHALTEN, IN DEUTSCHLAND, EUROPA UND WELTWEIT. DIE BIOLOGISCHE VIELFALT MUSS BEWAHRT WERDEN, UM IHRER SELBST WILLEN UND ALS GRUNDLAGE UNSERES LEBENS.

ERFURTER PROGRAMM
DER LINKEN

22. Mai • Tag der biologischen Vielfalt

Foto: public domain via pixabay.com

TRIGGERWARNUNG*

Es war Parteitag

und ich habe ihn im Livestream in Teilen verfolgt, die Rede Bodo Ramelows in Gänze. Ex-Kanzler Kohl soll mal gesagt haben: Entscheidend ist, was hinten raus kommt. Das sind die gefassten Beschlüsse. Bei den Dringlichkeitsanträgen hebt sich der Beschluss „Saalebahn“ (siehe unten) in seiner Klarheit und Konkretheit wohltuend vom aktionistischen Beschluss „Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik“ ab. Letzterer wurde in leichte Sprache übersetzt. Der Satz „DIE LINKE. Thüringen unterstützt die Legalisierungsdemonstrationen im Bundesland und ruft trotz der aktuellen Fortschritte zur Beteiligung auf“ heißt dann „Protest bleibt auch jetzt wichtig“. Hat der Übersetzer zu viel Cannabis genascht?

Über den nunmehr nicht nur beantragten, sondern auch beschlossenen Größenwahn des Thüringer Landesverbandes („... herausgehobene Stellung innerhalb unserer Bundespartei...“) hatte ich mich schon in der April-Ausgabe geäußert. Der Beschluss G3 („Starke Strukturen schaffen“) enthält gute Ideen, schafft in einem Punkt aber Verwirrung. Es sollen künftig unterhalb der Kreis- und Stadtverbände Ortsverbände gegründet werden können. Damit kann es aber zwei verschiedene Arten von Ortsverbänden in unserer Partei geben. Wie das?

Bezüglich kreisangehöriger Städte wie Saalfeld oder Rudolstadt gibt es im Vergleich von Bundes- und Landesssatzung eine uneinheitliche Terminologie. In der Bundessatzung sind mit „Stadtverband“ die kreisfreien Städte gemeint, die wie Kreisverbände agieren. Ortsverbände sind den Kreisverbänden untergeordnete Verbände kreisangehöriger Städte und Gemeinden. In der Landessatzung werden Stadtverbände sowohl kreisfreier als auch kreisangehöriger Städte unter „Stadtverband“ geführt.

Bildet sich nun in der LINKEN Thüringens ein Ortsverband im Sinne des Beschlusses, so kann man im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin annehmen, eine Stadt habe ihre Kreisfreiheit verloren. Was uns Thüringern aber ziemlich egal sein dürfte, denn wir nehmen ja eine herausgehobene Stellung ein.

Neu für mich war, dass Beschlüsse jetzt auch in der Art von journalistischen Meinungsbeiträgen daherkommen, wie sie in Zeitungsfeuilletons zu lesen sind. Der Grundsatzbeschluss G2 „Weil es möglich ist...“ ist dabei schlechte Literatur, aber doch kein Text für einen Parteitagsbeschluss. Den Vogel schießt allerdings Beschluss G1 ab. Kein Wahlprogramm diesmal im Superwahljahr 2024. Nein, der Parteitag will ein Regierungsprogramm Team Ramelow aufgestellt sehen, was für SPD und Grüne gleich mal mit erledigt werden soll. Die werden sich freuen. Warum das so sein muss, erklärt die Landesvorsitzende auf der Homepage des Landesverbandes: „Bodo Ramelow ist der einzige, der als Ministerpräsident Thüringen sicher durch die Herausforderungen der nächsten Jahre führen kann.“ Halleluja! **

Aber für die Unschicklichkeit der Vorsitzenden kann schließlich der MP nichts. Wenngleich sich bei mir der Verdacht einschleicht, dass dieser ein rechter*** Womenizer**** ist. Von „Bodo (oder Barbarei)“ schwärmte Ex-Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow schon vor Jahren.

Bodos Rede war in der gesamten Länge von über einer Stunde anhörenswert – Regierungspolitik rhetorisch brillant und unterhaltsam dargestellt. Ist aber alles Gesagte stimmig? „Studiengebühren haben wir gemeinsam bekämpft und abgeschafft. Also wenn sie studieren gehen, wollen wir keine Gebühren, weil wir sagen, das ist diskriminierend und wir wollen auch nicht, dass junge Menschen nach einem Studium über einen lebenslangen Kredit verfügen, den sie erstmal abbezahlen müssen. Das amerikanische Modell wollen wir nicht.“

Eine Woche zuvor hatte der MDR berichtet: „Nach 30 Jahren kann in Erfurt wieder Medizin studiert werden. Die private Health and Medical University (HMU) hat mit einer Feierstunde ihren Studienbetrieb aufgenommen und die ersten fast 120 Studierenden begrüßt. Viele von ihnen waren zuvor wegen des strengen Numerus Clausus an staatlichen Hochschulen abgelehnt worden. Nun können sie doch noch Psychologie oder Medizin studieren – für 700 Euro oder 1.500 Euro im Monat.“

Zum Schluss möchte auch ich ebenfalls einmal einen Beitrag zur Verwirklichung eines Parteitagsbeschlusses leisten. Laut Beschluss A6 wird „der Landesverband Thüringen beauftragt, Inklusion umzusetzen und sämtliche neu erstellten bzw. überarbeiteten Schriftstücke wie Anträge, Beschlüsse, Dokumente, Flyer, Wahlprogramme und so weiter sowohl analog, als auch digital, mit einem Glossar zu versehen. Dieses Glossar dient der Erklärung von Abkürzungen und Fachbegriffen“:

* Triggerwarnung
Warnung vor Inhalten eines Beitrages, die bei sensiblen Personen unangenehme Gefühle auslösen können.

** Halleluja
Aufruf zum Lobe Gottes in der christlichen Tradition

*** rechter
nicht in politischem Sinne, sondern von „richtig“, „regelrecht“

**** Womenizer
Mann, der eine große Ausstrahlung auf Frauen besitzt.

Hubert Krawczyk
Rudolstadt

Saalbahn war Thema auf LINKE-Parteitag

Der Wegfall des Franken-Thüringen-Expresses auf der Bahnstrecke durch das Saaletal wurde am Wochenende auf dem Landesparteitag der Thüringer LINKEN thematisiert.

In einem durch den Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt eingereichten Antrag sprachen sich die Delegierten für die Aufrechterhaltung des Halbstundentaktes zwischen Saalfeld und Jena sowie für eine Nutzung der Intercity-Züge mit Nahverkehrstickets und somit auch dem neuen 49€-Ticket aus. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zuletzt hatten auch mehr als 460 Personen eine entsprechende Online-Petition mitgezeichnet.

Sascha Krüger, Vorsitzender des Kreisverbandes Saalfeld-Rudolstadt, merkt dazu an: „Ich freue mich, dass der Landesparteitag unserem Antrag einstimmig gefolgt ist. Die schnelle und regelmäßige Anbindung des Städtedreiecks Saalfeld, Rudolstadt, Bad Blankenburg nach Jena ist nicht nur für Berufspendler_innen und den Tagestourismus, sondern auch für Studierende unserer Region von enormer Bedeutung.“

„Die medizinischen und kulturellen Einrichtungen Jenas müssen auch ohne PKW erreichbar sein, deshalb ist eine starke Saalbahn auch für den Saale-Holzland-Kreis wichtig“, fügt Ralph Lenkert, Bundestagsabgeordneter der LINKEN für Ostthüringen, hinzu.

Jens Thomas, Vorsitzender des Stadtverbandes Jena, bemerkt abschließend: „Auch für Jena ist die Beibehaltung des Taktverkehrs auf der Saalbahn von großer Wichtigkeit, um die Verbindung der beiden Wissenschaftsstandorte Jena und Halle aufrechtzuerhalten.“

Franken-Thüringen-Express in Saalfeld
Foto:T. Pätzold

PRĪVĀTUM (LAT.) HEISST BERAUBT WERDEN

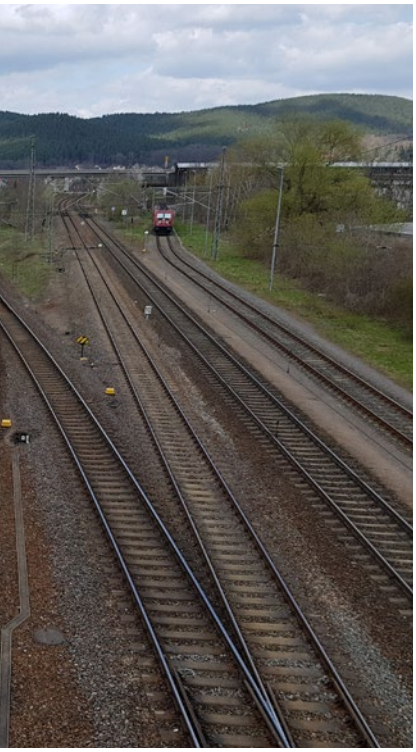
Alte Herren in alten Bahnen

Anm. d. Autors: AG = Aktiengesellschaft

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag verfährt, seitdem sie in der Opposition ist, so wie man es hier in Thüringen schon gewohnt ist: Selbstherbeigeführte Missstände werden der neuen Regierung angelastet, selbstverschuldete Probleme sollen von den anderen schnellstmöglich, am besten rückwirkend behoben werden.

Dabei gibt es genug Punkte, in denen die Ampelregierung kritisiert werden kann und muss. Doch beim Thema Bahn und Nahverkehr sollten nicht die (b)Scheuerten, die mit ihren bayrischen Verkehrsministern das ganze Debakel erheblich verschlimmert hatte, jetzt mit schlauen Tipps um die Ecke kommen.

Der neuste Schrei aus der Union ist jetzt, die Deutsche Bahn AG zu zerschlagen und das Netz, welches zur Zeit bei der Konzerntochter DB Netz AG untergebracht ist, in eine neue Schienennetz GmbH des Bundes zu überführen. Ulrich Lange (CSU und sog. „Verkehrsexperte“ [lt. ZDF moma]) erhofft sich davon eine bessere Kontrolle über das Investitionsverhalten des neuen Unternehmens. Hier dämmerte wohl die späte Erkenntnis dessen, was Linke schon bei der Privatisierung gewusst haben, nämlich dass eine Aktiengesellschaft als Grundmodell kapitalistischen Wirtschaftens nicht als Rechtsform für ein demokratisch kontrolliertes und gemeinwohlorientiertes öffentliches Unternehmen geeignet ist. Eine (Wieder-)Verstaatlichung findet hier jedoch nicht statt, denn auch die bisherige Deutsche Bahn AG gehörte zu 100 % dem Bund. Die gescheiterte Aktiengesellschaft in eine GmbH umzuwandeln mag zwar dem Gesellschafter (also dem Bund) eine bessere Kontrolle über die Handlungen der Gesellschaft ermöglichen, löst aber immer noch nicht die zwei zentralen Probleme der Bahninfrastruktur in Deutschland, die der Union offenbar immer noch nicht aufgefallen sind:



1. DIE INFRASTRUKTUR IST UNTERFINANZIERT UND MARODE

2. DAS INFRASTRUKTUR-UNTERNEHMEN SOLL GEWINNE ERZIELEN

DIE INFRASTRUKTUR IST UNTERFINANZIERT UND MARODE

Während der Bahnvorstand sich in den letzten Jahren sicherlich nicht mit Ruhm bekleckert hat, ist der Zustand unserer Gleise Ergebnis einer verfehlten Verkehrspolitik inkompetenter CSU-Verkehrsminister und fehlgeleiteter Privatisierungen zum Ende des letzten Jahrtausends. So liegt Deutschland bei den Pro-Kopf-Investitionen in die Schieneninfrastruktur hinter fast allen europäischen Staaten, ausgenommen Italien, Spanien und Frankreich. Sogar das Heimatland und Spitzenreiter in der sinnlosen Privatisierung von Eisenbahnunternehmen – das Vereinigte Königreich – schloss besser ab als wir[1]. 2021 war das erste Jahr, in dem das Investitionsvolumen in die Schiene wieder merklich gestiegen ist[2].

Erst vor kurzem hat sich dann das Ergebnis von 12 Jahren unionsgeführtem Verkehrsresort nochmal eindrücklich gezeigt, als der neue Chef der DB Netz AG das Ergebnis einer Überprüfung der Infrastruktur vorstellte. Dabei stellte sich heraus, dass 26 % aller Weichen, 11 % aller Brücken, 22 % aller Oberleitungen, 23 % der Gleise, 42 % aller Bahnübergänge und 48 % aller Stellwerke die Schulnote 4 oder schlechter erhalten haben[3]. Dies bedeutet, dass diese Anlagen wesentliche Beeinträchtigungen aufweisen oder sogar ihre Lebensdauer überschritten haben. Es sei deshalb ein Investitionsstau in Höhe von 89 Mrd. Euro nachzuholen[4]. Hier hat sich der neue Verkehrsminister, der für sein Amt wahrscheinlich kraft Parteibuches fast genauso ungeeignet ist, wie es seine Vorgänger waren, wobei diese zu übertreffen wohl eine Herausforderung werden wird, auch als unfähig erwiesen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Er stelle der Bahn bis zum Jahr 2029 insgesamt 86 Mrd. Euro für Sanierung und Instandhaltung in Aussicht[5]. Das ist also nicht nur zu wenig, sondern auch noch über Jahre gestreckt, in denen sich garantiert neuer Bedarf auftun wird. An all dem ändert sich mit der Rechtsform nichts, höchstens die Aufsichtsratsgehälter würden eingespart, wenn nicht die GmbH auch einen Aufsichtsrat bekommt.

DAS INFRASTRUKTUR-UNTERNEHMEN SOLL GEWINNE ERZIELEN

Die Privatisierung von dem Gemeinwohl dienenden Unternehmen hat sich, wie erwartet, als Fehler erwiesen. Die Bahnprivatisierung, die „nur“ in Form einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erfolgt ist, hat die Bahn weder pünktlicher, noch zuverlässiger gemacht – eher im Gegenteil. Von ihr profitiert haben Aufsichtsräte und Geschäftsführer, die plötzlich erheblich mehr verdienten als die Beamten, die die Bahn vorher geleitet hatten. So waren die fünf Mitglieder des Vorstandes der Bundesbahn in die Besoldungsgruppe B11 eingeordnet. Wer heute in diese Besoldungsgruppe eingeordnet ist, bekommt ein Brutto-Gehalt von 15.074,80 €. Im Vergleich dazu bekommt der derzeitige Bahnchef Richard Lutz ein Grundgehalt von „fast 970.000 Euro“[6], was eine monatliche Vergütung von ca. 80.833 € bedeuten würde. Boni in Höhe von 1,26 Mio. Euro[7] nicht eingerechnet. Also außer öffentliche Gelder in private Taschen umzuverteilen hat die Bahnprivatisierung nichts als einen neuen Investitionsstau verursacht.

Auch die Netze sollen Gewinne erzielen. Doch die Anbindung von kleineren Orten, die Versorgung mit Mobilität und nicht zuletzt auch der Transport von Gütern über die Schiene sind Gemeinwohlinteressen, die nicht nur, aber auch, wegen der voranschreitenden Klimaerwärmung im Interesse aller liegen. Von einer ausgebauten Infrastruktur profitieren die lokalen Gemeinschaften, aber auch die Gesellschaft als Ganzes. Der Versuch Gewinne zu erzielen hat nicht zur erhofften Effektivitätssteigerung, sondern hauptsächlich zum Abbau von Redundanzen, insbesondere in Gestalt von zweiten Gleisen, Weichen und Ausweichstellen geführt. Dazu ist das Netz auf Verschleiß gefahren worden. Dieser Trend hat sich auch, teilweise auch mit tödlichen Folgen in anderen Ländern, die ihre Bahnen privatisiert haben, gezeigt[8].

Der Nahverkehr wird jetzt bereits von staatlichen Entscheidungen bestimmt. Das dort bestehende Ausschreibungsverfahren führt zu einer vollständigen Vorgabe der Fahrpläne und Angebotskonditionen. Eine Wiederverstaatlichung würde hier also eine reine Verbesserung darstellen, weil die unsägliche Verpflichtung, Gewinne zu erzielen, entfallen würde.

FAZIT

Die Probleme der Bahn können nur durch Investitionen in die Reparatur, Instandsetzung und den Ausbau des Netzes behoben werden. Hier muss ein generelles verkehrspolitisches Umdenken erfolgen. Die Interessen der Allgemeinheit an einer möglichst flächendeckenden, gut getakteten Erreichbarkeit ist mit dem Gewinnstreben der Privatwirtschaft unvereinbar. Die Bahn muss wieder vollständig verstaatlicht werden. Für halbe Sachen, insbesondere die bloße Umwandlung in eine andere private Rechtsform, ist weder die Zeit, noch sind sie überhaupt geeignet eine merkliche Verbesserung herbeizuführen.

Paul Kurtzke

[1] Stand 2021; Allianz pro Schiene; www.allianz-pro-schiene.de/themen/infrastruktur/investitionen/ (abgerufen am 24.04.2023)

[2] ebenda

[3] Tagesschau www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/deutsche-bahn-bericht-101.html (abgerufen am 20.05.2023)

[4] ebenda

[5] ebenda

[6] Spiegel www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bahn-richard-lutz-bekommt-gehaltsverdopplung-a-8dfb00b1-297e-46a3-8e74-0d2ee751ab3b (zuletzt abgerufen am 20.05.2023)

[7] ebenda

[8] So z.B. in England. FAZ www.faz.net/aktuell/politik/bahnreform-von-england-lernen-heisst-es-anders-machen-116183.html (zuletzt abgerufen am 20.05.2023)

MÜLLVERBRENNUNG WILL GELERNT SEIN

TVS Schwarza
Foto: Birgit Pätzold

Eigentlich gibt es gar keinen Müll – weil der Müll Abfall heißt. So jedenfalls will es deutsches Recht. Umgangssprachlich hat sich trotzdem die „Müllverbrennungsanlage“ durchgesetzt. Auf Initiative des stellvertretenden Vorsitzenden der ZASO-Verbandsversammlung Sascha Krüger besuchte die Kreistagsfraktion DIE LINKE gemeinsam mit weiteren kommunalpolitisch Interessierten, darunter die Vorsitzende der Rudolstädter Stadtratsfraktion Simone Post, die Anlage in Schwarza. ZASO-Geschäftsleiterin Frau Butz ließ es sich nicht nehmen, uns zu begrüßen und war sichtlich erfreut über die hohe Besucherzahl.

Die Frage, ob es sich beim Eigenbetrieb des ZASO „Thermische Verwertungsanlage Schwarza“ (TVS) nun um eine Müllverbrennungsanlage handelt oder nicht, beantwortete Betriebsleiter Herr Sinnreich mit einem klaren „Jein“, weil es durchaus Unterscheidungsmerkmale zu klassischen Anlagen gibt. Die Schwarzaer Anlage ist ein Unikat, welches speziell für die Verbrennung relativ kleiner Mengen von energiereichen Abfällen der Papierfabrik Jass und einer damit einhergehenden zusätzlichen Dampferzeugung im Industriegebiet vorgesehen war. Zunächst klappte es nicht wie vorgesehen. Der Brennwert dieser Abfälle reichte für die Aufrechterhaltung eines gleichmäßigen Verbrennungsprozesses bei mindestens 850 Grad nicht aus, so dass die Menge und damit der Anteil von ZASO-Hausmüll und Abfall anderer Lieferanten erhöht werden musste. Damit einher ging eine ständige Ausrüstungs- und Technologieoptimierung des Verbrennungsprozesses und der Rauchgasreinigung, welche einen stabilen Anlagenbetrieb und erstaunlich geringe in die Umgebungsluft abgegebene Schadstoffe gewährleistet. Mit der eingebauten Filtertechnik stößt der Schornstein faktisch keinen Staub aus, bei den anderen Parametern werden durch eine hochwirksame Rauchgasreinigung die zulässigen Schadstoff-Grenzwerte deutlich unterschritten.

Nun kann zwar über die Entstehungsgeschichte, Emissionen und vieles andere auf der Internetseite www.zaso-tvs.de nachlesen werden. Eindrucksvoller aber ist natürlich ein vom Betriebsleiter fachkundig geführter Rundgang durch die Anlage selbst. Ein Blick durch das Schauglas des Kessels auf die Rostfeuerung scheint die Hölle zu zeigen, wie man sie sich landläufig vorstellt. Die Sauberkeit der Anlage lässt ihren Verwendungszweck nicht erkennen. Der sichtbare Inhalt in den Abfall- und Schlackeströmen wiederum verdeutlicht anschaulich, was mit „Wohlstandsmüll“ gemeint ist.

Frau Butz und Herr Sinnreich standen uns zu allen technischen und rechtlichen Fragen Rede und Antwort – es gibt keine Geheimnisse. Dafür aber so manche Unwissenheit wie das gelegentliche Raunen über angebliche nächtliche Filterabschaltungen. Das aber wäre unsinnig, diese Störung würde den gesamten technologischen Prozess durcheinanderbringen und das Anlagenpersonal zusätzlich belasten. Außerdem schaut die Kontrollbehörde genau hin.

Einig waren sich alle, dass die mit Landesfördermitteln finanzierte und verbandseigene TVS Schwarza als Abfallverwertungsanlage dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben muss, damit sie ihre dämpfende Wirkung auf die Entwicklung der Abfallgebühren im Verbandsgebiet beibehält.

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

Meinungen, Beiträge, Kommentare, Kritiken für die nächste Ausgabe bitte bis 06.06. an: redaktion.anstoss@gmx.de
Der Anstoß ist auf Spenden angewiesen. Danke für deine Unterstützung!

IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22

Impressum

Anstoß

V.i.S.d.P.: Sascha Krüger • **DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt** • Saalstraße 38 – 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 515 488 • E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de • Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
Um Spende wird gebeten! Redaktionsschluss: **23.05.2023** • Die nächste Ausgabe erscheint im Juni. • Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden. • Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.

Impressum

Hinweis: Sollten Sie dieses Heft unerwartet in Ihrem Briefkasten gefunden haben und weiterhin am Empfang folgender Hefte interessiert sein, rufen Sie unsere Kreis-Geschäftsstelle an oder lesen Sie künftig online auf unserer Homepage!

AUS DEM SAALFELDER STADTRAT

Die Stadtratssitzung am 3. Mai befasste sich neben Investitionen für den Bauhof, Sanierung der WC-Anlage sowie der Trespa-Fassade am Sanitäranbau der Grundschule „Caspar Aquila“, Bebauungsplänen und Satzungsbeschlüssen, auch mit der Anmietung einer semistationären Geschwindigkeitsmessanlage und dem Thema Geschwindigkeitsbeschränkungen im Stadtgebiet.

Die Geschwindigkeitsmessanlage soll für 5 Monate angemietet werden. Der Einsatz erfolgt in der wärmeren Jahreszeit, da im Winter die Wetterbedingungen eine korrekte Auswertung der Messungen nur bedingt ermöglichen. Die Messanlage war schon in der Vergangenheit unter dem Namen Panzerblitzer bekannt. Wer hier nur eine Gelddruckmaschine der Stadt sieht, verkennt die Notwendigkeit der Verkehrskontrolle. Eine solche Anlage wurde bereits in den vergangenen Jahren durch das Ordnungsamt eingesetzt, was bei den Anwohnern der jeweiligen Messörtlichkeiten durchweg positive Reaktionen hervorrief.

Zum Thema Verkehr gab der Leiter des Ordnungsamts eine Übersicht der bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen im Stadtgebiet. Weiterhin wurde ein Beschlussantrag der Fraktion SPD/Grüne zu einem Prüfauftrag Verkehrssicherheit Beulwitzer Straße behandelt. Ziel ist es hierbei, die Verkehrssicherheit im Bereich um den Spielplatz der Beulwitzer Straße zu erhöhen. Bei diesem Punkt gab es Diskussionen. Der Bürgermeister stellte sich vor seine Verwaltung, die permanent das Unfallgeschehen in der Stadt mit der Polizei auswertet, um bei Bedarf zu handeln. Die im Antrag suggerierte Untätigkeit der Stadt ist wohl weder zutreffend noch gewollt. Der jüngste tödliche Verkehrsunfall rückte die Beulwitzer Straße in den Fokus. Im Vorfeld gab es zwar keine Unfälle, aber die Bewohner wünschten sich schon früher eine Begrenzung der Geschwindigkeit. Diese kann die Stadt Saalfeld nicht selbst festlegen, da hierfür der Landkreis zuständig ist. Unsere Fraktion sprach sich für eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h für die gesamte Beulwitzer Straße und eine Bewertung durch Fachleute aus, ob auf eine bauliche Begrenzung vom Spielplatz verzichtet werden kann. Ein eingebrachter Änderungsantrag aus den beratenden Ausschüssen fügte die Aufstellung von Schildern „Achtung Kinder!“ mit ein. Dem Prüfauftrag wurde mehrheitlich entsprochen. Nur die Rechtsaußenpartei stimmte dagegen mit der Begründung, man wolle das abschließende Gutachten zum Unfallhergang abwarten. Eine Zustimmung zu Beschränkungen für Autofahrer wäre für diese Partei ein Novum gewesen.

Weiterhin wurde die Beendigung der Mitgliedschaft im Naturpark Thüringer Wald e.V. beschlossen. Der Grund hierfür ist simpel, eine recht hohe Steigerung des Mitgliedsbeitrages von 128 auf 6.000 €/Jahr ohne Gegenleistung.

Sven Kurzhauer

BRETTER, DIE DIE WELT BEDEUTEN

ist ein geflügeltes Wort und stammt aus Schillers Gedicht An die Freunde:

„Sehn wir doch
das Große aller Zeiten
Auf den Brettern,
die die Welt bedeuten,
Sinnvoll still
an uns vorübergehn.
Alles wiederholt
sich nur im Leben,
Ewig jung ist
nur die Phantasie;
Was sich nie und
nirgends hat begeben,
Das allein veraltet nie!“

Die Rudolstädter Stadtratsfraktion DIE LINKE ist seit mehreren Wahlperioden Mitglied im Theaterförderverein. Ein Fraktionsmitglied nimmt an der jährlichen Mitgliederversammlung teil, zu der diesmal turnusmäßig auch die Vorstandswahl auf der Tagesordnung stand. Vorstandsvorsitzender und Geschäftsführer der Thüringen-Kliniken Dr. Thomas Krönert wurde wiedergewählt, nachdem er nach dem Tod des langjährigen Vorsitzenden Matthias Biskupek dessen Nachfolge angetreten hatte.

Herr Dr. Krönert redete in seinem Bericht gleich zu Beginn Klartex: „Animieren Sie Ihre Verwandten und Bekannten zum Besuch des Theaters.“ Das will ich hiermit gern tun: Anstoßleser – geht ins Theater und schreibt darüber (für den Anstoß)! Zumal es nunmehr eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass die Aufführungen der Spielzeit 2024/25 von Beginn an im neuen Haus stattfinden werden.

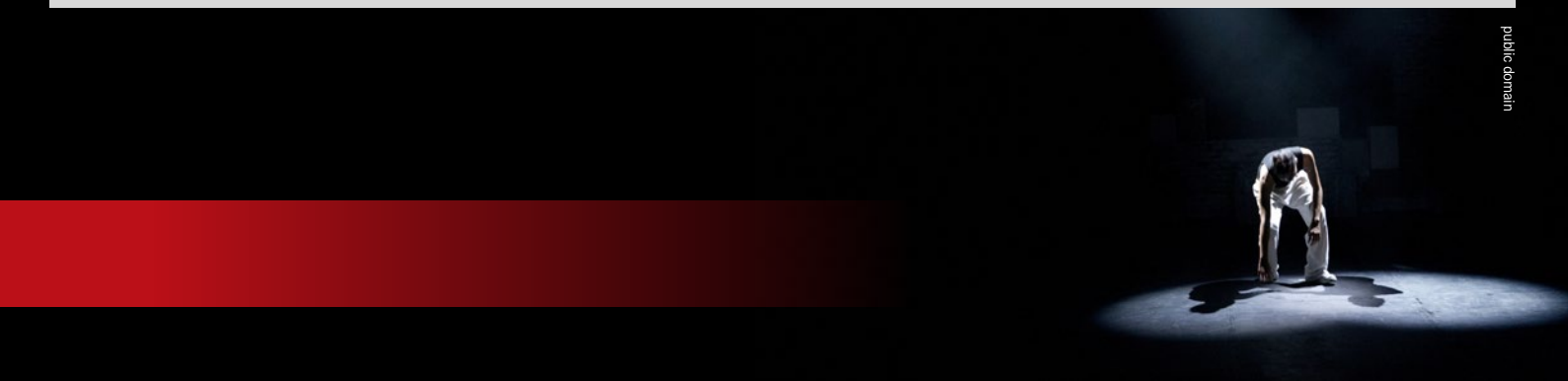
Auf der Habenseite des Fördervereins benannte der Vorsitzende den Einsatz für spürbare Gehaltserhöhungen für das Theaterpersonal, auch wenn die unfaire Bevorteilung der großen Theater bisher nicht überwunden wurde. Es gelang auch, das Theater mehr Schülerinnen und Schülern nahezubringen und zu den bisherigen fünfzig weitere fünf Ausstellungen in der „Kulturdiele“ zu gestalten. Aufgabe des Theaters sei es, so Herr Dr. Krönert, den Menschen die Themen der Zeit nahe zu bringen. Das Stück „Herrscht 07769“ sei bis in die Süddeutsche Zeitung gelangt.

Damit übergab er das Wort an Generalmusikdirektor Oliver Weder, Intendant Steffen Mensching und Chefdramaturg Michael Kliefert, welche die für die Spielzeit 2023/24 geplanten Produktionen vorstellten. Steffen Mensching vertiefte zu den sozialen Aufgaben des Theaters: Es soll die Gesellschaft der Region zusammen- und in den Dialog bringen, um damit deren Spaltung, der hohen Bereitschaft sich abzugrenzen, alles schlechtzureden und negativ zu sehen, entgegen zu treten. Die Menschen wollen nach der Corona-Pandemie auch wieder aus dem Haus, die Konzerte sind gut besucht. Allerdings ist eine gewisse Scheu des Publikums vor halbszenischen Inszenierungen im Meiniger Hof nicht zu übersehen, so der Intendant. Michael Kliefert warf die Frage auf, ob Theater die Welt überhaupt noch beschreiben und das Geschehene reflektieren kann. Es scheint, als könne man den Wahnwitz der Welt nur in einer Komödie fassen. So bietet es sich an, „Arsen und Spitzenhäubchen“ auf die Bühne zu bringen, ein Stück aus Amerika der vierziger Jahre, in welchem alle Regeln des menschlichen Zusammenlebens gebrochen werden. Gespielt werden in der kommenden Saison auch Brecht, Dürrenmatt und Kafka – große Namen, deren Stücke in einer in das Heute gesetzten Fassung dargeboten werden sollen. In „Physiker“ von Friedrich Dürrenmatt geht es dabei um die Verantwortung von Wissenschaft.

Ausführliche Informationen über den Förderverein, darunter die gewählten Vorstandsmitglieder, findet die geschätzte Anstoß-Leserschaft unter

www.theater-rudolstadt.de/foerderverein/verein/

Hubert Krawczyk
Stadtratsfraktion Rudolstadt



public domain

EIN ANTRAG AN DEN KREISTAG

Im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr.6/2023 vom 31. März ist das Siebte Gesetz zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung vom 24. März betreffs Herstellung der Öffentlichkeit in Kommunalen Ausschüssen bekannt gegeben worden. Gemäß diesem ist §43 Abs. 1 Satz 3 – „Die Sitzungen vorberatender Ausschüsse sind nichtöffentlich“ – ergänzt mit dem Zusatz „sofern der Gemeinderat (bzw. der Kreistag) keine abweichende Regelung in der Geschäftsordnung trifft“.

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich in der laufenden Wahlperiode bereits mehrmals für eine öffentliche Beratung aller Ausschüsse ausgesprochen, weil die dort zu beratenden Themen fast ausnahmslos von öffentlichem Interesse sind. Das gilt gleichfalls für die Jugendhilfe-Unterausschüsse Jugendhilfeplanung und Sport.

Für die Kreistagssitzung am 23. Mai haben wir nun erneut beantragt, die Ausschusssitzungen öffentlich durchzuführen und deshalb die Geschäftsordnung dementsprechend zu ändern.

Unser Antrag entspricht der Auffassung von moderner Transparenz, dass Entscheidungen kommunaler Gremien in ihrem gesamten Entstehungsvorgang für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein sollen.

Selbstverständlich berührt der Antrag nicht §10 der Geschäftsordnung, welcher in Absatz 1 besagt: „Die Öffentlichkeit ist für einzelne Beratungsgegenstände auszuschließen, wenn das Wohl der Allgemeinheit oder das berechtigte Interesse einzelner dies erfordert.“ Was dies im Einzelnen bedeutet, steht detailliert im zweiten Absatz des Paragrafen.

Das stärkste Argument gegen eine öffentliche Beratung aller Ausschüsse war bisher die fehlende Rechtsgrundlage. Mit der Änderung der Kommunalordnung ist dieses Argument nunmehr entfallen.

Hubert Krawczyk
Fraktionsvorsitzender

ÖFFENTLICHES LEBEN AKTUELL

Täglich jagt eine Horrormeldung die nächste. Es wird beklagt und natürlich durch die Sensationspresse zigmal tagtäglich aufgearbeitet. Die breite Öffentlichkeit wird permanent in Angst und Schrecken versetzt. Da hört man zur Zeit ständig, dass z.B. die Kindermedizin und die Krankenhausversorgung am Boden liegen, dass die Medikamentenbereitstellung große Lücken aufweist, dass Eisenbahnverbindungen in großer Zahl ausfallen, dass plötzlich Kindergärten ihrer Aufgabe nicht mehr vollumfänglich nachkommen können usw. usw.!

Auffällig ist, dass nur über Auswirken der Versäumnisse und des sinnlosen Sparens von CDU-Regierungen und deren Privatisierungswahn berichtet wird. Es wird nicht auf den Grund gegangen, um deutlich zu machen, dass überall sträflich abgebaut wurde und Produktionen zu Billigsttarifen ausgelagert wurden, anstatt die Arbeit im eigenen Land zu belassen und vorausschauend rechtzeitig eigenen Nachwuchs heranzuziehen und zu notwendigen Fachkräften auszubilden. Besonders die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge wurden damit über Jahre sträflich vernachlässigt. Da Medien in der BRD und auch bei uns in Thüringen nicht linksorientiert sind, wird in der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, dass gegenwärtige Regierungsverantwortliche schuld seien. Man arbeitet gezielt auf die nächsten Wahlergebnisse hin, in denen die CDU und andere Mitte-Rechts-Kräfte die Oberhand gewinnen werden.

Die Verursacher unserer mehrfachen Krisensituation und ihre Helfershelfer stehen damit einer gesellschaftlichen Entwicklung zu Gunsten der mehrheitlichen Bevölkerung entgegen.

Man muss aber auch unsere eigene Schwäche ins Feld führen, die darin liegt, dass wir nicht die richtigen Themen der Zeit treffen und gegenwärtig in Personaldebatten verfallen die, wie ich empfinde, uns in der Öffentlichkeit als einen zerstrittenen Haufen von Leuten erscheinen lassen, die sich nur um sich selbst kümmern.

Linke Politik findet für die Öffentlichkeit nicht mehr statt. Wir müssen feststellen, dass diese unbedingt gebraucht wird. ...aber auch wir als die Partei DIE LINKE?

Mit Besorgnis

Frank Persike
Mitglied des Kreistages

Treff am Donnerstag

Der Donnerstagstreff Mai fand wie angekündigt statt: Die Haskala-Gruppe hatte zum Gedankenaustausch, zum Gespräch über Probleme junger Linker und derer, die schon lange dabei sind, eingeladen. Die Gastgeber hatten den Nachmittag wunderbar vorbereitet: nach Kaffee und selbstgebackenem Kuchen, der von den Gästen sehr gelobt wurde, gab‘s eine Vorstellung der Aktivitäten der Haskala-Gruppe und einen Bericht über eine Reise nach Graz. Dort ging es vor allem um Kommunalpolitik mit dem Stempel der KPÖ, denn Graz hat seit 2021 eine Bürgermeisterin, die der Kommunistischen Partei angehört.

Bei der anschließenden Diskussion wurden zahlreiche Fragen aufgeworfen. Wer genauer wissen will, was zwischen Jung und Alt so diskutiert wird, darf beim nächsten Mal gern dabei sein. Denn alle waren sich einig: wir wollen uns nach der Sommerpause wieder treffen!

Der nächste Treff am Donnerstag findet am 8. Juni statt, dann wieder zu gewohnter Zeit – um 15 Uhr – im Weltladen Saalfeld, der folgende am 13. Juli. Natürlich gibt es wieder fair gehandelten Kaffee und Tee. Plätzchen, Waffeln und Schokolade aus fairem Handel sind im Laden ebenfalls zu finden.

Willkommen beim Treff am Donnerstag ist jede Genossin, jeder Genosse, jede Sympathisantin und jeder Sympathisant – egal, ob im ['solid]-Alter, schon in Rente oder irgendwo dazwischen.

Do 8. Juni
Do 13. Juli
jeweils ab 15 Uhr

Weltladen Saalfeld
Knochstraße 1
Saalfeld

1. Mai im grünen Schlosspark

Nostalgische Gefühle konnten einen übermannen bei der diesjährigen 1. Mai-Feier, organisiert vom DGB-Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt. Nach einigen Jahren ging es wieder in den Saalfelder Schlosspark. Saftiges Mai-Grün und gutes Wetter umrahmten die Veranstaltung zum Tag der Arbeit. Wie früher neckten uns alte Probleme, so der Strombedarf der Kaffeemaschinen. Die eingesetzte Kabeltrommel war schon einmal störungsfrei im Einsatz, aber eine zusätzliche Popkornmaschine bei einem anderen Stand, legte diese lahm. So gab es zu Beginn, etwas verzögert, noch herzschonenden Kaffee, der sich später zu normalem Kaffeegenuss geeignetem entwickelte. Dank fleißiger Bäckerinnen und Bäcker gab es ein vielseitiges Kuchenangebot, so wurde der Kuchenbasar wieder ein voller Erfolg. Das war nicht so selbstverständlich, da einige Kuchenspender alters- oder umzugsbedingt nicht mehr unterstützen können. Die Anzahl der Kuchen und deren Qualität erreichten aber trotzdem das Angebot früherer Jahre heran. Deshalb nochmals großen Dank an alle, die hierzu beitrugen. Der Dank und die Würdigung der Besucher visualisierte sich im leergeputzten Kuchenstand am Veranstaltungsende. Wohlgemerkt, es wurden etliche Kuchen geliefert!

Das diesjährige Motto hieß „Ungebrochen Solidarisch“ und die Gewerkschaft verwies auf Erfolge bei den aktuellen Tarifverhandlungen. An Informationsständen von Gewerkschaften, des Eine Welt Vereins und der Parteien SPD und DIE LINKE konnte man sich über die jeweiligen Schwerpunkte und das Anliegen sowie über Unterstützungsmöglichkeiten informieren. Hauptrednerin war Renate Sternatz, die stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Sie ging in ihrer Rede auf die Anforderungen und Herausforderungen für Gewerkschaften ein.

Grußworte des Bürgermeisters der Stadt Saalfeld und des Landrats, musikalische Unterhaltung mit DJ Böhmi und Raul Salazar begleiteten die Veranstaltung. Kinder konnten sich an einer Hüpfburg, an Bastelangeboten und Popcorn erfreuen. Es war alles gerichtet für ein harmonisches Familienfest mit ernstem Hintergrund. Immer aktuell, aber in diesen Inflationszeiten besonders wichtig, faire Löhne für gute Arbeit. Und diese müssen erstritten werden! Die Zersplitterung der Gewerkschaft in viele Einzelgewerkschaften erscheint mir hierfür nicht förderlich. Einige können aufgrund ihrer Stellung kraftvoll streiken, wie z.B. im Bahn- und Flugverkehr. Hier können respektable Abschlüsse erzielt werden. Andere erhalten nur symbolische Erhöhungen. Gravierend wird es bei nicht tarifgebundenen Unternehmen. Nehmen wir den Bereich Pflege im nichtöffentlichen Bereich. Nullrunden sind hier nicht selten. Die Gelder im pflegerischen Bereich kommen hauptsächlich aus der Solidargemeinschaft wie den gesetzlichen oder privaten Krankenversicherungen sowie Pflegeversicherungen. Beleuchtet man die Verdienste mancher Unternehmer, kommt man schnell zu der Erkenntnis, wie unsozial das System aufgestellt ist. Beispielgebend sind nicht nur die Honorare manch „Leistungserbringers“, sondern auch die Renditeobjekte in Form von Alten- und Pflegeheimen.

Auch solche Bereiche sollten stärker im Fokus stehen. Das können aber die Gewerkschaften nicht leisten, da sie hier kaum durch Mitglieder vertreten sind. Hierfür bedarf es einer ehrlichen Politik. Eine solche wird aber nur mehr Einfluss gewinnen können, wenn DIE LINKE gestärkt wird und sich erst einmal selbst stärkt.

Erfreulich: Landrat und Saalfelder Bürgermeister hielten nicht nur die obligatorischen Grußworte, sie standen Interessierten bis zum Ende der Veranstaltung als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Maifeier wurde im Vorfeld von der Saalfelder Verwaltung für den Schlosspark zwischenzeitlich abgesagt. Dank Dr. Kania wurde dies zurückgenommen.

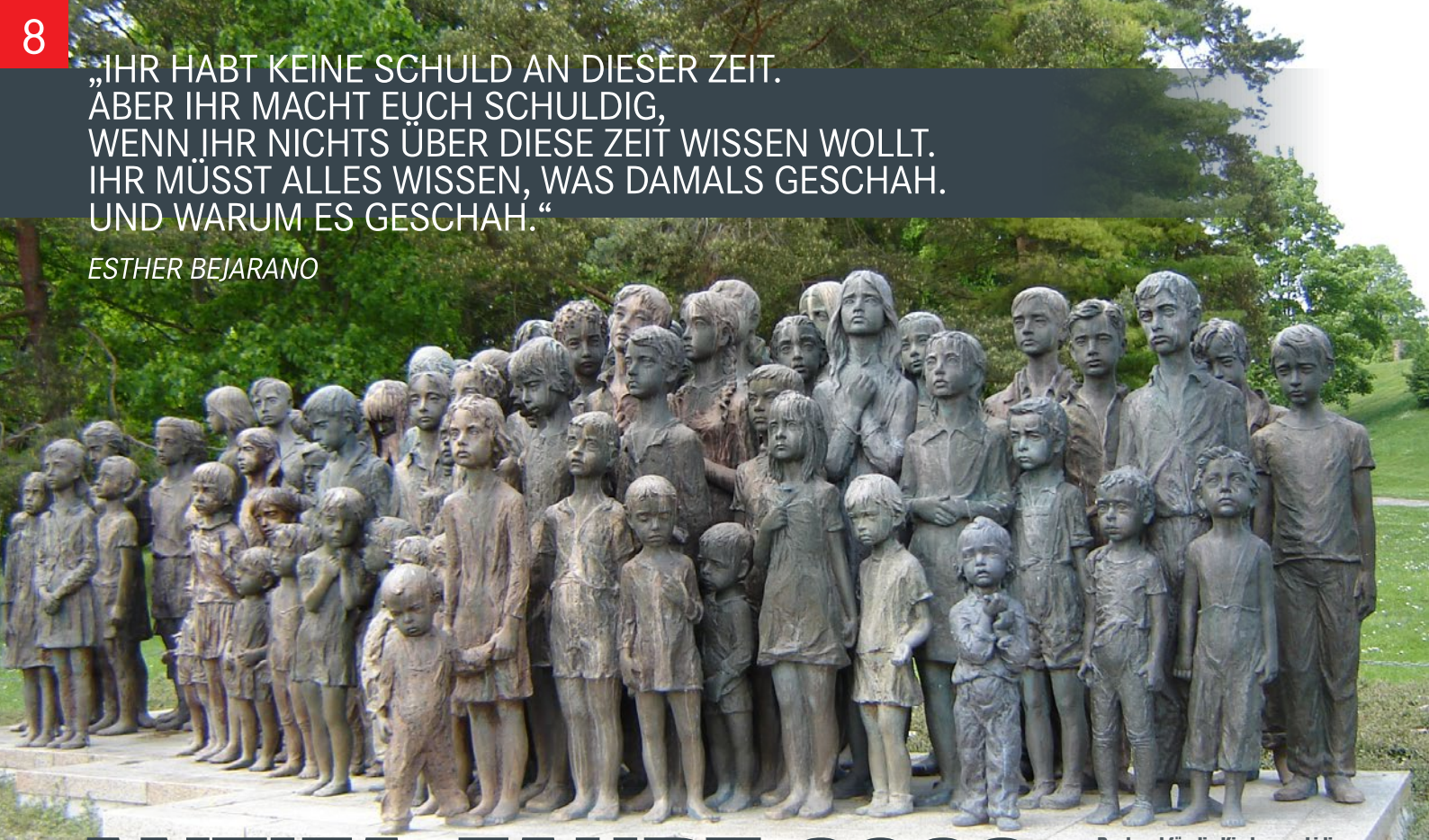
DIE LINKE und der Eine Welt Verein freuen sich auf die 1. Mai-Veranstaltung 2024 und hoffen sehr, dass die Gewerkschaften dies stemmen können. Unsere Unterstützung jedenfalls sei hiermit schon zugesichert.

Sven Kurzhauer

1. Mai im Saalfelder Schlosspark
Fotos: T. Pätzold

„IHR HABT KEINE SCHULD AN DIESER ZEIT.
ABER IHR MACHT EUCH SCHULDIG,
WENN IHR NICHTS ÜBER DIESE ZEIT WISSEN WOLLT.
IHR MÜSST ALLES WISSEN, WAS DAMALS GESCHAH.
UND WARUM ES GESCHAH.“

ESTHER BEJARANO



Denkmal für die Kinder von Lidice
Foto: Jürgen Reuß

ANTIFA-FAHRT 2023

Nach Tschechien führte die diesjährige Fahrt der VVN-BdA Thüringen.

Erste Station war das Außenlager Litomerice (Leitmeritz) des KZ Flossenbürg. Dort mussten Häftlinge aus ganz Europa unterirdische Produktionsanlagen für die Auto-Union (Audi) errichten und Panzermotoren herstellen. Eine geplante Produktion von Wolfram-Glühfäden für Osram wurde nicht mehr realisiert. Wegen der Feuchtigkeit und mangelnder Belüftung sowie der schlechten hygienischen Bedingungen und Mangelernährung starben viele Gefangene. Am Denkmal für die Opfer legten die Mitreisenden ein Gebinde nieder und gedachten der 4.500 Toten und der Leiden aller Opfer. Das Ghetto Theresienstadt, ursprünglich als Habsburger Garnisonsstadt zwischen Labe (Elbe) und Ohre errichtet, wurde ab 1941 als Sammel- und Durchgangslager für die jüdische Bevölkerung genutzt. Obwohl die Nazipropaganda Terezín als „lebenswertes Musterghetto“ bezeichnete, waren die Lebensbedingungen dort katastrophal. In der Stadt, die für ca. 7.000 Menschen konzipiert war, drängten sich Ende 1942 etwa 56.700 Menschen. Die Enge und vor allem der Wassermangel führten zu einer hohen Sterblichkeit. Verschärft wurden die hygienischen Probleme durch die Bestattung der Opfer in Massengräbern im Sumpfgebiet. 1942 begannen die Transporte in die Vernichtungslager im Osten, die nur wenige überlebten. Etwa 140.000 Menschen durchliefen das Ghetto, zum Kriegsende konnten nur noch 19.000 Menschen befreit werden.

Die kleine Festung, von den Erbauern auch als Gefängnis konzipiert, u.a. war dort der Attentäter von Sarajevo inhaftiert, wurde von den Nazis als Folter- und Hinrichtungsstätte genutzt, um ihr Schreckensregime zu stabilisieren. Auch hier gedachten wir der Opfer und legten ein Gebinde nieder.

Ein besonders brutales Verbrechen begingen die Nazis in Lidice. Nach dem Attentat auf Reinhard Heydrich sollte das Dorf als Vergeltung vollständig zerstört und von der Landkarte getilgt werden. Alle Männer des Dorfes und ein Junge wurden am 10. Juni 1942 erschossen und in einem Massengrab verscharrt.Die Frauen wurden von ihren Kindern getrennt und in das KZ Ravensbrück deportiert, wo 52 von ihnen ermordet wurden. 10 Kinder wurden zur „Germanisierung“ ausgewählt und in Nazis treu ergebene Familien gegeben. 81 Kinder wurden im Vernichtungslager Kulmhof mittels einer mobilen Gaskammer ermordet. Anschließen wurden alle Gebäude zerstört, sogar der Friedhof wurde geschändet. Das Gelände wurde ein Jahr lang umgestaltet, der Teich zugeschüttet, der Bachlauf verändert: nichts sollte mehr an das Dorf erinnern.

Doch das Gegenteil ist der Fall: viele Menschen kennen zumindest den Namen des Ortes, er ist Symbol für die Menschenverachtung und Brutalität des deutschen Faschismus.

In unmittelbarer Nähe entstand, auch mit internationaler Solidarität, das neue Lidice.

Der wohl bewegendste Moment der Reise war das Gedenken am Denkmal für die Kinder von Lidice. Das Gedicht Die Kinderschuhe von Lublin wurde vorgetragen, anschließend verharrten wir schweigend.

Der Opfer zu gedenken und die Lebenden zu mahnen, dass sich solche Verbrechen nie wiederholen dürfen, ist die Aufgabe der Überlebenden und der künftigen Generationen.

Jürgen Reuß

Das neue Lidice
Foto: Jürgen Reuß

GEDENKEN

Foto: Lothar Haase

Foto: Lothar Haase

An der Gedenkveranstaltung aus Anlass der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald am 11. April 1945 nahmen auch in diesem Jahr wieder Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes teil.

Am Vormittag des 8. Mai gedachten wir wie in jedem Jahr am Ehrenhain für die Sowjetsoldaten auf dem Saalfelder Friedhof der Opfer und legten Blumen nieder. Soldaten aus vielen Nationen – vor allem aber Russen und Ukrainer – haben damals gemeinsam gekämpft und unser Land vom Faschismus befreit. Darüber sprachen wir auch nach Abschluss des gemeinsamen Gedenkens noch und diskutierten dabei natürlich auch über den aktuellen Krieg. Wir alle hoffen, dass bald ein Weg für eine schnelle und friedliche Beilegung gefunden wird!

Red.

Foto: Birgit Pätzold

EIN ANBLICK, DEN ICH NIE VERGESSEN KANN

Unsere Familie wohnte während des Krieges in der Schule in Geiersthal, die sich auf einer Anhöhe befindet. Eines Morgens ging ich mit meiner Tante zum Einkaufen ins Dorf. Es war ein kalter Tag im April 1945, an den Straßenrändern lag noch Schnee. Ich war damals sieben Jahre alt.

Wir warteten in dem kleinen Laden gemeinsam mit anderen Frauen auf das Auto, das Lebensmittel bringen sollte.

Plötzlich lauter Lärm, Gebrüll, Hundegebell. Wir alle stürzten auf die Straße, von Bewaffneten wurden wir angebrüllt, die Straße sofort zu verlassen. Doch wir standen wie versteinert.

Unseren Augen bot sich ein grauenvoller Anblick. Ein Zug von Männern in Häftlingskleidung schleppte sich an uns vorbei. Alle waren dünn, ausgemergelt, mit ausdruckslosen Gesichtern, viele waren barfuß in Bastschuhen. Einige Häftlinge konnten nur noch torkeln, viele wurden von ihren Kameraden gestützt und getragen. Schäferhunde und Bewaffnete umringten mit Gebrüll den Zug.

Trotz der Bewachung hatten es zwei oder drei Frauen geschafft, den Häftlingen blitzschnell eine Kante Brot zuzustecken. Das hatte ich bemerkt und bewunderte den Mut der Frauen sehr.

Nur mühsam bewegte sich der Marsch vorwärts, und wir Zuschauer konnten kaum fassen, was sich vor unseren Augen abspielte.

Als sich der Zug aus dem Dorf entfernt hatte, hörten wir Schüsse.

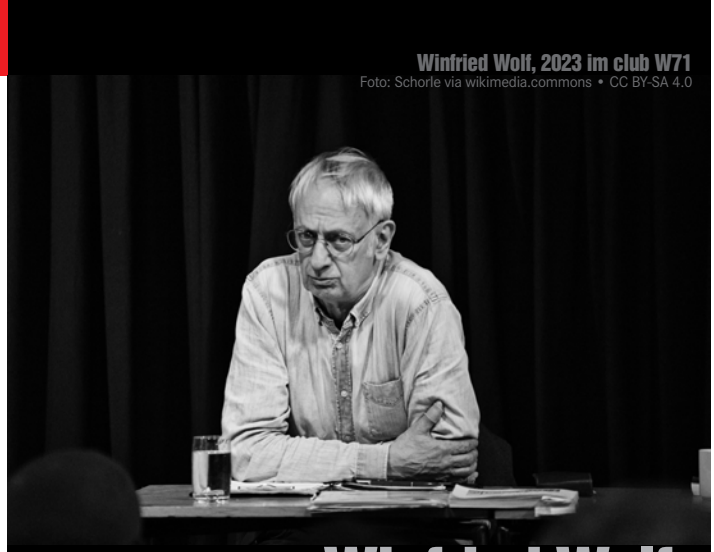
Als ich wieder zu Hause war, konnte ich nur noch weinen und wurde sogar krank.

Diesen Todesmarsch zu sehen, war für mich das schlimmste Erlebnis am Ende des Krieges.

Uta König

Am Saalfelder Gedenkstein für den Todesmarsch der KZ-Häftlinge legten Genossinnen und Genossen sowie Mitglieder von VVN-BdA auch in diesem Jahr Blumen nieder und besuchten auch, wie in jedem Jahr am 16. April, den Gedenkstein für Ernst Thälmann.

Foto: Sven Kurzhauer



Winfried Wolf, 2023 im club W71
Foto: Schorle via wikimedia.commons • CC BY-SA 4.0

Winfried Wolf ist gestorben

Ein kluger, kritischer Kopf, von denen es gerade heutzutage mehr bräuchte. Gerade auf dem Gebiet der Ökonomie (mit Lunapark21 etwa) und der Verkehrs- und besonders Bahnpolitik ist seine Expertise unersetzlich, auch beim Antimilitarismus, etwa mit seiner "Zeitung gehen den Krieg". Ich habe einige Veranstaltungen mit ihm bestritten in der Vergangenheit, sowohl zur Bahnpolitik als auch zu Finanzen, wir waren uns nicht immer einig, das musste aber auch nicht sein, wenn Streit produktiv ist, dann ist er gut.

Es ist ein großer Verlust, menschlich und politisch, für die Linke. Möge ihm die Erde leicht sein.

Lorenz Gösta Beutin
Stellv. Parteivorsitzender DIE LINKE

WIE VIEL DÖPFNERS GIBT ES UNTER DEN „WESSIS“?

Springerchef Herr Döpfner ordnet uns „Ossis“ mit seiner öffentlichen Äußerung teils den Kommunisten, teils den Nazis zu.

Das ist eine Frechheit, eine Beleidigung, kurzum ein Skandal.

Er schlägt Millionen von Menschen brutal ins Gesicht. Das Volk der DDR, die „Ossis“ haben mit ihrer Demokratiebewegung von Ende der 80er bis heute nachgewiesen, dass es wohl die pluralistischste Menschengruppe in Deutschland ist. Nach meinen vielfältigen Begegnungen und Erfahrungen mit Westbürgern in den letzten Jahrzehnten beantworte ich die Anfangsfrage wie nachfolgend. Der Herr Döpfner ist einer, der sich so öffentlich jetzt geäußert hat – Wessis mit dieser Meinung über uns gibt es aber viele.

Meine Begegnungen im privaten Bereich, in meiner überaus großen Verwandtschaft von dort oder mit vielen Kontakten im geschäftlichen Bereich unterstreichen diese meine Überzeugung. Damit ist meiner Meinung nach auch die viel diskutierte Frage der Mauer zwischen Ost und West beantwortet. Döpfners Äußerung zeigt mir, dass die Mauer besonders in westlichen Köpfen weiterhin besteht. Es gibt noch andere Hinweise für diese Feststellung. Da sind die Lohnunterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen Mann und Frau. Auch die Minderbesetzung von Ossis sowie Frauen in den Vorständen der Industrie. Hinzu kommen die Nachteile der Schulabschlüsse unserer Jugendlichen, die damit geringere Chancen auf dem westlichen Arbeitsmarkt haben. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass das Bildungssystem der DDR nach Skandinavien exportiert wurde und heute noch besonders in Finnland weiterentwickelt als Vorzeigesystem gehandelt wird.

Liebe Leser und Mitstreiter, bieten wir den vielen Döpfners die Stirn und treten diesen mit unserem gesunden Selbstbewusstsein stolz entgegen.

Frank Persike
Bad Blankenburg

DENKPAUSE
KOMMENTAR

Nach politischen Niederlagen – wenn möglich – eine Denkpause einzulegen kann für linke Politikerinnen und Politiker nützlich sein, wenn die Fähigkeit und die Bereitschaft vorhanden sind, nicht nur punktuelle Fehler einzugestehen, sondern das gesamte eigene politische Konzept kritisch zu hinterfragen und auf dem Boden der Marxschen Theorie und Methode exakte, tiefgründige Gesellschaftsanalysen zu erarbeiten.

Susanne Hennig-Wellsows jüngstes Zeitungsinterview lässt diese Absicht leider nicht erkennen. Man gewinnt den Eindruck, sie sei sich weiterhin gewiss, den linken „Roten Stein der Weisen“ gefunden zu haben. Geradezu beschworen wird eine heile Welt der Thüringer LINKEN. Ziemlich kühn und verwegen ist ihre These „Wir wachsen gerade in eine andere, neue Gesellschaft hinein“. Des Weiteren spricht sie sich moralisierend für Waffenlieferungen an die Ukraine aus, ohne den imperialistischen Charakter dieses Krieges in seinen geopolitischen Dimensionen zu erfassen, in dem einerseits das stalinistisch-zaristisch geprägte System Putin als Aggressor verurteilt werden muss, andererseits aber das korrupte Kiewer Regime mit seinen Bandera-Traditionen durchaus kein Unschuldslamm ist, jedoch aus geostrategischen Gründen von seinen NATO-Gönnern jedwede Absolution erhält.

Dialektik und Materialismus fehlen Frau Hennig-Wellsow auch, wenn sie weiter Phantasien über rot-rot-grüne Parlamentsmehrheiten nachhängt. Solche Aktivitäten vergleiche ich gern mit den Mühen eines Fußballspielers, der einem schon ins Aus getrudelten Ball noch nachjagt.

Weil sie den Unterschied zwischen Herrschen (Machtausüben) und Regieren verkennt, wäre sie wahrscheinlich auch künftig wenig wählerisch beim Koalitionspoker. Ihre Schlussbemerkungen im Interview lassen das zumindest ahnen. Vorerst ist sie bemüht, dem nächsten Landtagswahlkampf in Thüringen den Stempel des Personenkultes aufzudrücken – ungeachtet der Tatsache, dass sich sogar der selbstbewusste Politiker Bodo Ramelow im Amt des Thüringer Ministerpräsidenten oft genug in die Rolle des Satrapen beim Exekutieren von Entscheidungen der Bundesregierung gedrängt sah und dabei auch bereit war, die von der herrschenden Ideologie aufgestellten „Gessler-Hüte“ zu grüßen. Der anerkennenswerte Wille linker Politiker, etwas mitgestalten zu wollen, wird jedoch kontraproduktiv, wenn er sich in der Rolle des „Arztes am Krankenbett des Kapitalismus“ erschöpft.

Über die Entscheidung, für die Namensgebung der Partei die Lokalbestimmung „links“ zu wählen, kann man streiten. Wichtiger ist die ständig neue Selbstverständigung darüber, was „links“ und was „rechts“ ist. Auf den inneren Zustand der Partei DIE LINKE und ihr Erscheinungsbild in der politischen Öffentlichkeit hat es katastrophale Folgen, wenn die politische Bildung vernachlässigt und die Debattenkultur nicht ausreichend gepflegt wird. Inzwischen wird das Wort „sozialistisch“ nur noch sparsam gebraucht, und obwohl stets die Rede von Solidarität ist, hat die Partei immer wieder viel Zeit und Kraft in unzähligen Fehden um parteiinterne Formfragen und in bissigen Hahnenkämpfen z.B. um aussichtsreiche Wahllistenplätze verausgabt. Dieses Potenzial fehlte dann häufig bei der Selbstverständigung und in der dringenden Auseinandersetzung mit Neonazis, Demokratiefeinden und Extremisten. Diese Auseinandersetzung kann nur erfolgreich sein, wenn sowohl Opportunismus als auch Sektierertum vermieden werden. Eine erfolgreiche deutsche Linkspartei ohne die vielen Genossinnen und Genossen, die als Andersdenkende jetzt oft denunziatorisch als „Rechte“, als „Putinknechte“ oder gar Nazis verunglimpft werden und denen aktuell das abwertende Klischee „Lager Wagenknecht“ verpasst wird, kann ich mir nicht vorstellen – ein Gaudi für die politische Konkurrenz wären Abspaltungen jedoch allemal.

Eine pluralistische Partei wie DIE LINKE muss den ihr notwendig anhaftenden objektiven inneren Widersprüchen eine solche Bewegungsform geben, dass die Partei nicht nur erhalten bleibt, sondern in jeder Situation ihr spezifisches politisches Profil geltend macht und sich höher entwickelt. Hubert Krawczyks „Ein nicht gehaltener Diskussionsbeitrag“ („Anstoß“ April 2023, S. 9) ist in diese Richtung hilfreicher als das Interview von Susanne Hennig-Wellsow.

Dr. Wolfgang Künzel

HILFE FÜR KINDERZÄHNE IN KAMBODSCHA

In der Nähe der Angkor-Tempel in Kambodscha liegt die Angkor-Thom-Junior-High-School. An dieser Schule erhalten mehr als 350 Kinder armer Familien und Waisen durch einen deutschen Verein eine gute Bildung.

Zahnarzt Dr. Hendrik Bergmann aus Rudolstadt behandelt dort seit mehr als zehn Jahren jährlich während seiner Urlaube die dort lernenden Kinder und die Bewohner der umliegenden Dörfer.

Er wird von seinem letzten, mit viel Improvisation durchgeführten Einsatz im vergangenen Januar berichten und Bilder zeigen von dem bei uns oft nur durch die Terror-Zeit der Roten Khmer bekannten Land mit seinen lächelnden Menschen, seiner prächtigen Landschaft und natürlich auch Eindrücke von den berühmten Angkor-Tempeln.

Der Eine Welt Verein Saalfeld-Rudolstadt lädt ein

Do 15. Juni 2023
19 - 21 Uhr
Weltladen Rudolstadt
am Schulplatz

FAIRES SPENDEN-FRÜHSTÜCK IM WELTLADEN

Im Weltladen Rudolstadt am Schulplatz/Ecke Kirchgasse findet mehrmals im Jahr ein Faires Spendenfrühstück statt, das nächste am Sonntag, dem 18.06.2023 ab 10.30 Uhr.

Der Eine Welt Verein Saalfeld-Rudolstadt e.V. lädt herzlich dazu ein!

Es gibt fair gehandelten Kaffee, Tee, Säfte und Brotaufstriche, ergänzt mit Bio-Brötchen, Butter, Wurst und Käse.

So 18. Juni 2023
10.30 Uhr
Weltladen Rudolstadt
am Schulplatz

ALLES HAT MINDESTENS ZWEI SEITEN.

Wer gerne darüber nachdenkt, wie die Welt anders aussehen könnte und dabei nicht bei einseitigen Betrachtungsweisen stehen bleiben möchte, dem sei das Philosophische „Frühstück“ (am Abend serviert) in der Bibliothek Rudolstadt empfohlen.

2023 konzentriert sich
FRITHJOF REINHARDT
auf die Dialektik von Konsum und Verzicht.

AM DIENSTAG, DEM 20.6.2023 UM 18 UHR
GEHT ES IM ZWEITEN TEIL DER VERANSTALTUNGSREIHE UM „NEOLIBERALISMUS UND DESSEN STAATSFREMDHEIT ODER WIE DAS WACHSTUM IN UNSERE SEELE KAM“.

Wir verstehen uns und unsere Zeit nicht, wenn wir uns nicht genau mit der Ideologie des Neoliberalismus, seinem langen Marsch durch die Institutionen und seinem vermeintlichen Sieg in der Gegenwart auseinandersetzen. Dies soll in dieser Veranstaltung diskutiert werden, um über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Überwindung des alltäglichen und institutionellen Neoliberalismus, seiner Gefährdung der Demokratie zu sprechen.

Weitere Veranstaltungen der Reihe ebenfalls jeweils dienstags:

19.09.2023
„VOM LEBENSNOTWENDIGEN ZUM LEBEN GEFÄHRDENDEN KONSUM“

21.11.2023
ARBEITSTITEL: „BESSER LEBEN, WENN WENIGER VIELLEICHT DOCH MEHR IST?“

Zu den Veranstaltungen wird Abendbrot gereicht (UNKOSTENBEITRAG: 6 €).

Die Philosophie gibt’s kostenlos.

Termine

So 28. bis Mo 29. Mai 2023
• Pfingsten

Mi 31. Mai 2023 • 18.00 Uhr
• Beratung des Kreisvorstands (hybrid)

Do 01. Juni 2023 • 00.00 Uhr
• meteorologischer Sommeranfang

Do 01. Juni 2023
• Internationaler Kindertag

Do 08. Juni 2023 • 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
• Treff am Donnerstag

Mi 21. Juni 2023 • 16.58 Uhr
• astronomischer Sommeranfang

Mi 21. Juni 2023 • 18.00 Uhr
• Linker Treff hybrid

Mi 28. Juni 2023 • 18.30 Uhr
• BO-Mitglieder-Treffen Stadt Saalfeld

Do 13. Juli 2023 • 15.00 Uhr
Weltladen Saalfeld
• Treff am Donnerstag

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags
werden im Internet per Livestream übertragen, u.a. auf der Seite unserer Landtagsfraktion www.die-linke-thl.de

Mi 31. Mai 2023 • 14.00-21.00 Uhr
Do 01. Juni 2023 • 09.00-20.00 Uhr
Fr 02. Juni 2023 • 09.00-20.00 Uhr

Mi 05. Juli 2023 • 14.00-21.00 Uhr
Do 06. Juli 2023 • 09.00-20.00 Uhr
Fr 07. Juli 2023 • 09.00-20.00 Uhr

Zitat des Monats:

„Die Linke war und ist immer dann im Aufschwung, wenn sie mitten in den sozialen Bewegungen ist und von diesen als aktiver Teil geachtet wird."

Hans Modrow zur Eröffnung des Bundesparteitages der PDS in Gera 2002

www.die-linke-sa-ru.de

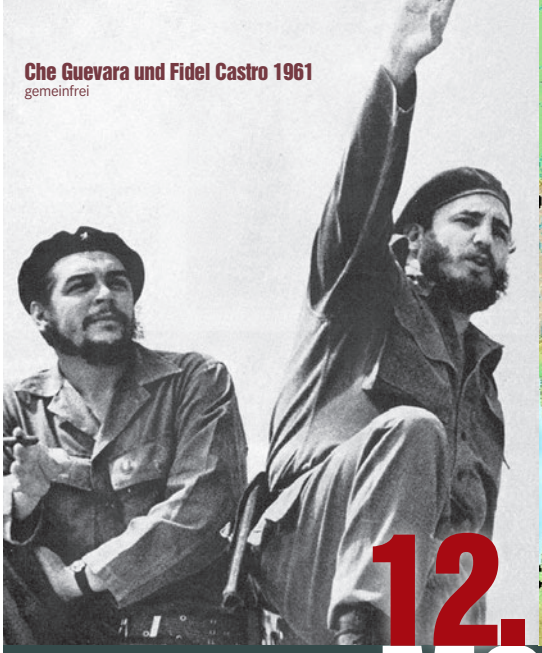
spen | den :

Politik darf nicht käuflich sein!

DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die keine Spenden aus der Wirtschaft und von Unternehmen annimmt.

Der Anstoß ist auf Eure Unterstützung angewiesen!

IBAN:
DE67 8305 0303 0000 4500 22
DIE LINKE Saalfeld-Rudolstadt
Zweck: Anstoß



Che Guevara und Fidel Castro 1961
gemeinfrei

Operationsgebiet der ELN in Bolivien
gemeinfrei

12. MAI 1973
MONIKA ERTL

07.08.1937 in München geboren

Ihr Vater Hans Ertl war Chefkameramann der als NS-Filmemacherin bekannt gewordenen Olympia-Filme von Leni Riefenstahl, filmte während des Zweiten Weltkrieges für Die Deutsche Wochenschau an verschiedenen Kriegsschauplätzen und bekam nach dem Krieg Schwierigkeiten mit seiner Entnazifizierung, 1948 wanderte er deshalb nach Bolivien aus.

1953 Familie folgt ihm.

Monika arbeitet als Kamera-Assistentin ihres Vaters, begleitet ihn auf Urwald- und Filmexpeditionen.

Mitte der 1960er Jahre bei sozialem Engagement kommt sie in Kontakt zur linksrevolutionären Guerillaorganisation Ejército de Liberación Nacional (Nationale Befreiungsarmee – ELN)

Ertl gewährt den überlebenden Guerilleros von Che Guevaras gescheitertem Aufstand und anderen Verfolgten Unterschlupf, insbesondere den Brüdern „Chato" und „Inti" Peredo, den Nachfolgern Ches in der Führung der ELN.

Ertl, genannt „La Gringa" und „Juana" wurde zu einer der wichtigsten Führungspersonen der ELN.

November 1969 Sie bittet ihren Vater um Erlaubnis, dessen abgelegene Farm im Dschungel in der Nähe von Concepción als Trainingscamp der ELN zu nutzen. Hans Ertl lehnt ab: als geachteter ehemaliger deutscher Offizier könne er "unmöglich eine kommunistische Guerillera unterstützen."

ab 1970 Monika Ertl wird in Bolivien polizeilich gesucht, weil ihr Auto bei einem Banküberfall zur Geldbeschaffung der ELN als Fluchtwagen benutzt wurde.

01.04.1971 Tötung des Konsuls Pereira im bolivianischen Generalkonsulat in Hamburg durch eine Frau, die am Tatort einen Zettel mit den Worten „Victoria o Muerte! ELN" (Sieg oder Tod) hinterlässt.

Er war der ehemalige bolivianische Geheimdienstchef und nach Ansicht der ELN verantwortlich für Folter und Hinrichtung zahlreicher Untergrundkämpfer, insbesondere die Tötung von Che Guevara und Inti Peredo. Besonders verhasst, weil er den Befehl gegeben haben soll, dem getöteten Che Guevara als Beweis für dessen Tod die Hände abzuhacken.

Ob Monika Ertl die Tat beging, konnte nie restlos geklärt werden.

2. Juli 1972 Regierung Boliviens erklärt Monika Ertl zur Mörderin und schreibt 20.000 $ Belohnung für Ergreifung aus.

Die Hamburger Staatsanwaltschaft lässt Ertl per Interpol suchen, schließt den Fall aber dann als ungelöst ab.

1972 Ertl plant gemeinsam mit Régis Debray, Gustavo Sánchez Salazar sowie Beate und Serge Klarsfeld, den ehemaligen SS-Chef von Lyon Klaus Barbie, den „Schlächter von Lyon", zu entführen, der unter falschem Namen für das bolivianische Innenministerium arbeitet. Der Entführungsversuch scheitert. (Barbie arbeitet ab 1966 für den BND und schreibt auch Berichte über Monika Ertl.)

12. Mai 1973 Monika Ertl wird von bolivianischen Sicherheitskräften erschossen.

Régis Debray (französischer Philosoph, Journalist, Schriftsteller, Professor und Kampfgenosse Che Guevaras) behauptet, die ihr gestellte tödliche Falle sei von Klaus Barbie organisiert worden, was er aber nicht beweisen könne. Ertls Leichnam wird fotografiert und an unbekanntem Ort begraben. So kann nie geklärt werden, ob sie vor ihrem Tod gefoltert wurde, was in südamerikanischen Diktaturen übliche Praxis im Umgang mit politischen Feinden war.